

### II. Freiheit für mehr Wachstum und Arbeitsplätze

#### **NRW – ein starkes Land, aber noch weit hinter seinen Möglichkeiten**

Nordrhein-Westfalen als bevölkerungsreichstes Bundesland ist Kernland der Bundesrepublik Deutschland und Europas. NRW verfügt über herausragende Stärken: Der Fleiß und die Leistung seiner Bürgerinnen und Bürger, die Qualifikation der Arbeitnehmer, eine Infrastruktur für Verkehr, Telekommunikation und Energieversorgung, für Forschung und Entwicklung. Durch diese Stärken, in Rechtssicherheit und mit einer – manchmal zähen und komplizierten – gerade im internationalen Vergleich kompetent und zuverlässigen Verwaltung, ist NRW ein attraktiver Binnenmarkt, die Nummer 1 in Europa.

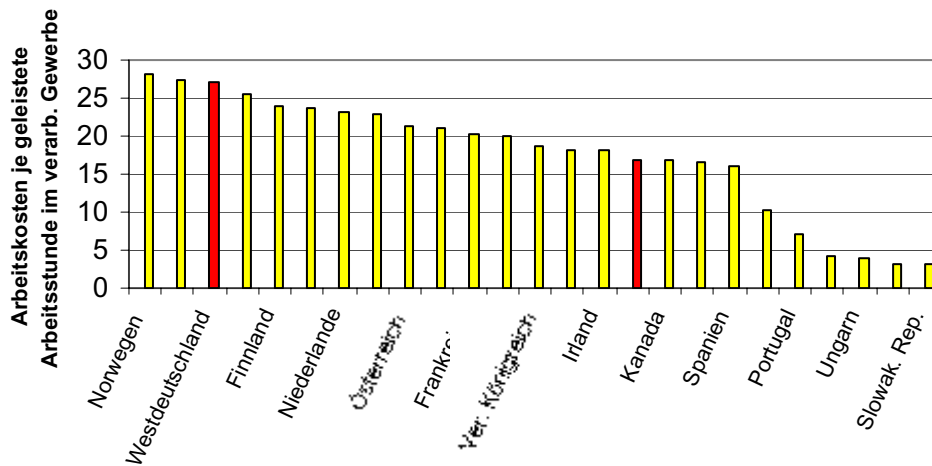
Nordrhein-Westfalen bleibt hinter seinen Möglichkeiten. Im Wirtschaftswunderland das industrielle Herz der Republik, fällt NRW im aktuellen Leistungsvergleich und Standortwettbewerb der Bundesländer immer weiter zurück. Zum Schaden der hier lebenden Menschen wirkt sich diese Entwicklung besonders fatal am Arbeitsmarkt aus. In NRW sind in den vergangenen 5 Jahren Tausende Arbeitsplätze verloren gegangen. Ca. 900.000 Menschen sind in der offiziellen Arbeitslosenstatistik gemeldet. Sie und ihre Familien leiden unter den ökonomischen und sozialen Folgen der Arbeitslosigkeit. Menschliche Schicksale und unsere Volkswirtschaft sind von der Massenarbeitslosigkeit in diesem Land in gleicher Weise betroffen. Dabei steigen die Arbeitslosenzahlen immer weiter und bedrohen unsere Soziale Marktwirtschaft.

Die FDP will diesen Trend umkehren, Nordrhein-Westfalen wieder an die Spitze der Bundesländer führen. Wir wissen, dass eine gute Wirtschaftspolitik zugleich auch eine gute Sozialpolitik ist. Die FDP will deshalb Rahmenbedingungen für mehr Arbeitsplätze schaffen und Nordrhein-Westfalen wieder an die Leistungsspitze der Bundesländer führen.

Wir wollen dabei auf den unbestreitbaren Stärken des Landes aufbauen. An die Stelle einer Kultur der Verhinderung, wie sie insbesondere die Grünen bei großen Projekten des Landes (Garzweiler, Transrapid, Bio-/Gentechnik) gestiftet haben, setzen wir auf eine Kultur der Gestaltung, die Unternehmertum und Eigeninitiative in Nordrhein-Westfalen neu beleben will. Wir wollen die Chancen, die der Standort Nordrhein-Westfalen bietet, vor allem für die Schaffung von mehr Arbeitsplätzen nutzen. Außerdem muss Schluss damit sein, dass Landesumweltministerin Höhn europäische Vorgaben für den Umweltschutz zu Lasten der NRW-Wirtschaft unnötig ausweitet.

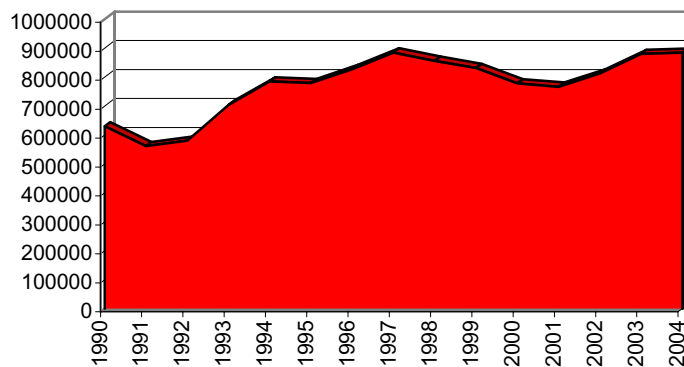
Die Schwächen konzentrieren sich hauptsächlich auf die drei Bereiche Arbeitsmarkt (Flexibilität des Arbeitsrechts, Arbeitskosten), Bürokratie und Steuern. Wir wollen die Stärken nutzen und ausbauen, aber auch den Schwächen in Land und Bund entgegenzutreten.

Arbeitskosten in der Industrie in Euro im Jahr 2003



Nach fast vier Jahrzehnten SPD-Regierung, zuletzt nach 10 Jahren Rot-Grün, leidet das Land unter einer ausgeprägten Wachstumsschwäche. 1995 bis 2003 wuchs das Bruttoinlandsprodukt in Deutschland um 10,4 %, in NRW lediglich um 6,7 %, in Bayern jedoch um 16,7 %. Die zwangsläufige Folge ist hohe Arbeitslosigkeit. Sie war im Jahresdurchschnitt 2003 mit 10 % fast 2/3 höher als in Baden-Württemberg, dem Bundesland mit der geringsten Quote.

Arbeitslose in NRW 1975-2004  
Quelle: LDS NRW



### Eine Million neue Arbeitsplätze in unserem Land

Die Herausforderung, der wir uns stellen, ist: Eine Million neue Arbeitsplätze für NRW bis 2015. Ein ambitioniertes, aber erreichbares Ziel. Das Ziel wurde zudem im In- und Ausland von „Volkswirtschaften“ vergleichbarer Größe erreicht (Baden-Württemberg und Bayern, Niederlande und Österreich).

### Eine breite Offensive zur Entfesselung der wirtschaftlichen Kraft unseres Landes

Auf dem Weg zu diesem Ziel müssen eine Reihe von Maßnahmen unverzüglich in Angriff genommen werden. Das neue NRW erhält mehr Freiheit in der Wirtschaft, in den Städten und Gemeinden, in den Schulen und Hochschulen und vor allem mehr Freiheit in Forschung und Entwicklung. Wir setzen auf den Willen und die Kraft der Menschen in unserem Land und vor allem auf die Freiheit, wenn es darum geht, das neue NRW zu schaffen.

### Die FDP will für NRW

- eine Innovations- und Wachstumsoffensive, die auf der Forschungsinfrastruktur des Landes aufsetzt
- eine Neuausrichtung der Wirtschaftspolitik des Landes auf mittelständische Unternehmen und Existenzgründungen statt mit Subventionen die Vergangenheit des Landes künstlich aufrecht zu erhalten
- eine Flexibilisierung und Öffnung des Arbeitsmarktes
- eine konsequente Steuersenkungspolitik

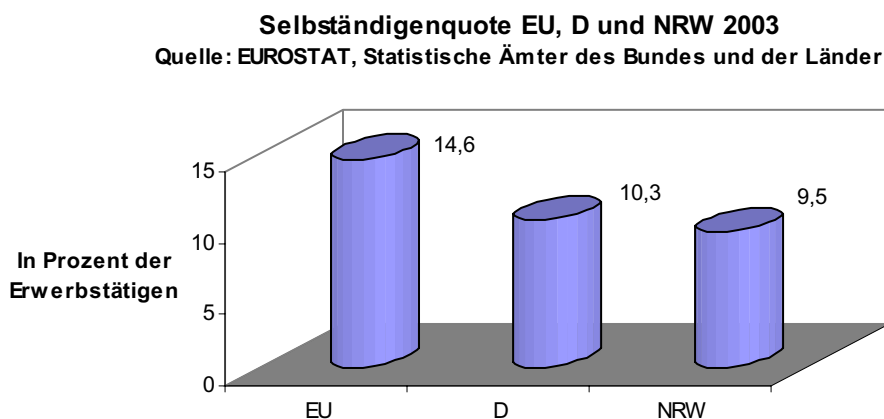
- den Abbau von Bürokratie sowie bürgernah vereinfachte Vorschriften
- eine Modernisierung und Stärkung des Energiestandortes NRW
- eine wirtschaftliche Modellregion für ein neues NRW

### 1. Wachstum durch Forschungs- und Entwicklungsoffensive

Die Wachstums- und Innovationsschwäche NRWs ist überwindbar, wenn das Land sich auf seine Stärken konzentriert und diese konsequent für neues Wachstum nutzt. Die Forschungsinfrastruktur NRWs ist in Europa einzigartig: 58 Hochschulen, 88 Forschungsinstitute. Dieses Potential ist vernachlässigt worden, wurde ökonomisch zu wenig als Triebfeder eingesetzt.

Eine Forschungs- und Entwicklungsoffensive würde Existenzgründungen in technologieintensiven und anderen innovativen Bereichen auslösen und damit wirtschaftliche Dynamik in die Regionen treiben. Wir wollen die aktive Förderung von Unternehmensgründungen zum gesetzlichen Ziel des NRW-Hochschulwesens machen.

Unternehmensgründungen wiederum leisten den wirksamsten Beitrag zu mehr Beschäftigung. Die FDP will NRW zum Gründerland Nr. 1 in Deutschland machen. Dies ist auch deshalb notwendig, weil die Zahl der Selbständigen in NRW mit 9,5 % an den Erwerbstätigen einen unterdurchschnittlichen Wert darstellt (Bund: 10,3 %), NRW also eine Unternehmerlücke aufweist.



### 2. Wachstum durch Mittelstandspolitik und Existenzgründungen

Für die Erneuerung und Modernisierung der Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen, für Wachstum und Beschäftigung, für Qualifikation und Innovation sind die Unternehmen der mittelständischen Wirtschaft (Gewerbe, Handwerk, Landwirtschaft und Freie Berufe) von entscheidender Bedeutung. Die rund 700.000 Unternehmen der mittelständischen Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen beschäftigen über 70 % der Arbeitnehmer und stellen über 80 % aller Ausbildungsplätze. Einen wichtigen Teil des nordrhein-westfälischen Mittelstandes bildet das Handwerk. Mit seinen 160.000 Betrieben und über einer Million Beschäftigten ist es ein ganz starkes Stück Wirtschaft in NRW.

Mittelstand und Handwerk stehen einerseits für Flexibilität und Innovation, andererseits aber auch für besondere Standfestigkeit im Umbruch der Globalisierung; sie stehen für die Fähigkeit, Dynamik mit ungewöhnlicher Stabilität zu verbinden.

Die öffentlichen Beschaffungsmärkte haben gerade für diesen Teil der Wirtschaft einen erheblichen Stellenwert. Dabei ist der Mittelstand ganz besonders auf faire und der Betriebsgröße angepasste Bedingungen bei der Vergabe öffentlicher Aufträge, vor allem auf dem Bausektor, angewiesen.

Insbesondere für Handwerksunternehmen oder mittelständische Bauunternehmen ist es unabdingbar, dass öffentliche Bauaufträge in Fachlose aufgeteilt werden, die ihrem spezifischen Leistungsspektrum und ihrer begrenzten Kapazität gerecht werden. Somit ist die mittelstandsgerechte Vergabe öffentlicher Aufträge ein effizientes Instrument zur Erhaltung und Stärkung mittelständischer Strukturen und ein zentrales Element der Mittelstandsförderung. Im übrigen wird durch die verbindliche Anwendung des Vergaberechts die Transparenz und öffentliche Kontrolle bei der Vergabe öffentlicher Aufträge wesentlich gestärkt.

Die FDP in NRW will vor diesem Hintergrund die Vergaberegeln durchgängig mittelstandsgerecht ausgestalten und hat zu diesem Zweck ein Mittelstands- und Privatisierungsgesetz in den Landtag eingebracht, mit dem dies ver-

bindlich geregelt werden soll:

- Für den Fall der Weitergabe von Leistungen an Nachunternehmer sind die Auftragnehmer vertraglich zu verpflichten, die im FDP-Mittelstandsgesetz vorgeschriebenen mittelstandsfreundlichen Bestimmungen einzuhalten.
- Bei privat finanzierten öffentlichen Bauvorhaben werden die Investoren zur Einhaltung der Bestimmungen verpflichtet, die auch für Generalunternehmer gelten.
- Für öffentliche Unternehmen in privater Rechtsform wird auch bei Aufträgen unterhalb der EU-Schwellenwerte grundsätzlich die Anwendung des Vergaberechts vorgeschrieben.

NRW braucht mehr Mittelstand und Handwerk und vor allem auch mehr junge Unternehmerinnen und Unternehmer. Die Meistergründungsprämie ist das effektivste Instrument der Qualifizierungs- und Mittelstandsförderung des Landes Nordrhein-Westfalen. Sie hat viel dazu beigetragen, Jungmeisterinnen und Jungmeistern des nordrhein-westfälischen Handwerks den Schritt in die Selbständigkeit zu erleichtern. Seit 1995 wurden über 8.500 Existenzgründer mit je 10.000 Euro unterstützt. Von den Empfängern der Meistergründungsprämie sind rund 45.000 Arbeits- und Ausbildungsplätze geschaffen oder in ihrem Bestand gesichert worden. Der durchschnittliche Förderbetrag je Arbeitsplatz ist mit 1.900 Euro deutlich geringer als bei anderen beschäftigungsfördernden Programmen und unterstreicht nachdrücklich die Effizienz der Meistergründungsprämie. Die Landesregierung hat dennoch die Haushaltsmittel drastisch zusammengestrichen und die Meistergründungsprämie auf 5.000 Euro halbiert.

### Die FDP will für NRW

- sicherstellen, dass für alle Förderanträge im Landeshaushalt ausreichende Mittel zur Verfügung stehen und die Meistergründungsprämie wieder auf den Betrag von 10.000 Euro aufgestockt wird.

Ein Hemmschuh für einen gesunden und dynamischen Mittelstand ist vielfach die ausufernde Bürokratie. Insgesamt beliefen sich die Bürokratiekosten für die deutsche Wirtschaft im Jahr 2003 auf 46 Milliarden Euro, hiervon entfielen allein 84% auf den Mittelstand (Institut für Mittelstandsforschung Bonn, Juni 2004). Unter Rot-Grün sind diese Kosten in den letzten zehn Jahren um 50 % gestiegen. Selbst das Aufstellen einer Firmenflagge auf dem eigenen Betriebsgelände erfordert mittlerweile ein aufwendiges bürokratisches Genehmigungsverfahren. So darf es in Deutschland und NRW nicht weitergehen. Damit wird die FDP in NRW Schluss machen: Für uns Liberale gilt: Bürokratieabbau ist Mittelstandspolitik.

### Die FDP will für NRW

- eine mittelstandsfreundlichere Ausrichtung von Vorschriften und des Verwaltungshandelns
- eine Entlastung von immer stärker ausufernden Verwaltungsanforderungen, unter denen Kleinbetriebe aufgrund ihrer personellen Voraussetzungen weit höher leiden als Großunternehmen und
- eine konsequente Abschaffung mehrstufiger Verwaltungsentscheidungen, insbesondere auch durch Kommunalisierung und die durchgängige Einführung einer Genehmigungsfiktion (d.h. eine Genehmigung gilt als erteilt, wenn die zuständigen Behörden innerhalb eines vorgegebenen Zeitraumes nicht negativ entschieden haben).

Der Mittelstand und das Handwerk sind jedoch vor allem auch auf einen fairen Wettbewerb vor Ort angewiesen und benötigen Unterstützung, wenn es darum geht, neue Märkte zu erschließen bzw. neue Geschäftsverbindungen aufzubauen. Deshalb sieht der FDP-Entwurf für ein Mittelstands- und Privatisierungsgesetz konkrete Maßnahmen für den Mittelstand vor.

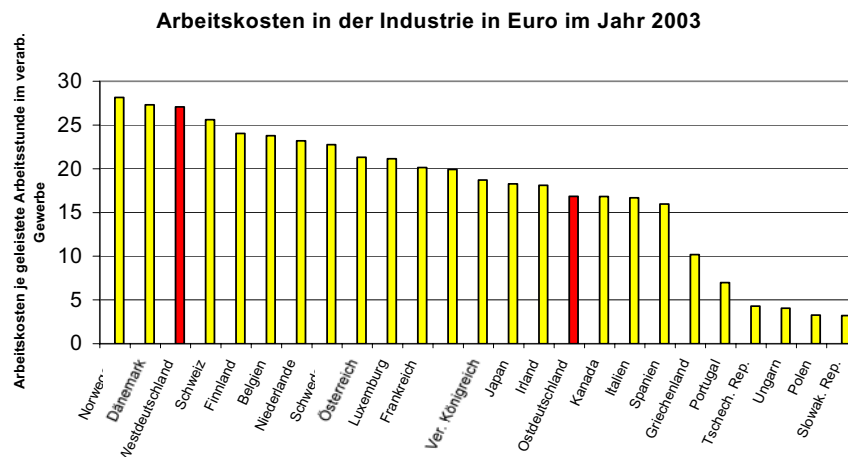
### Die FDP will für NRW

- dem ordnungspolitischen Prinzip des Vorrangs der privaten Leistungserbringung gegenüber der Leistungserbringung durch die öffentliche Hand durchgängig Geltung verschaffen.
- dass sich die öffentliche Hand in NRW nur dann wirtschaftlich betätigen darf, wenn ein dringender öffentlicher Zweck die Betätigung erfordert und sie ihre Leistungen besser und wirtschaftlicher erbringen kann als private Unternehmen. Voraussetzung ist eine nachhaltige und planbare kommunale Finanzwirtschaft, unter anderem durch eine große und kommunalfreundliche Steuerreform, damit Städte und Gemeinden nicht länger auf Beiträge kommunaler Töchter zur Haushaltssanierung angewiesen sind.
- dass dieses echte Subsidiaritätsprinzip analog für Unternehmen in privater Rechtsform, an denen das Land, die Gemeinden und Gemeindeverbände beteiligt sind, gilt.

- dass der Nachweis dafür, die Leistungen besser und wirtschaftlicher erbringen zu können, nicht das private Unternehmen, sondern die öffentliche Hand erbringen muss.
- das Land, die Gemeinden und Gemeindeverbände sowie alle der Aufsicht des Landes unterstehenden Einrichtungen des öffentlichen Rechts verpflichten, ihre unternehmerischen Beteiligungen an Unternehmen in privater Rechtsform zu veräußern. Nach dem Mittelstands- und Privatisierungsgesetz nicht zulässige Beteiligungen an Unternehmen in privater Rechtsform sind innerhalb von fünf Jahren zu veräußern.
- als einzige politische Kraft im Landtag eine echte Privatisierung der WestLB.
- einen besseren Zugang des Mittelstandes zu Forschungs- und Technologieförderung sowie
- dass das Land die mittelständische Wirtschaft unterstützt, wenn es darum geht, den Herausforderungen der Globalisierung gerecht werden zu können.
- Komplementär zur Außenwirtschaftspolitik des Bundes, die primär auf die Unterstützung von Konzernen ausgerichtet ist, wird die Außenwirtschaftspolitik des Landes durch die FDP auf die Interessen des Mittelstandes abgestimmt. Sie wird zur Kernaufgabe der Landesregierung.

### 3. Mehr Arbeitsplätze durch Öffnung des Arbeitsmarktes

Die FDP ist die bessere Arbeitnehmerpartei. Die hohe Arbeitslosigkeit erfordert, den Arbeitsmarkt für die immer größere Zahl Arbeitssuchender zu öffnen und flexibler zu gestalten. Arbeitsplätze anzubieten muss markt- und wettbewerbsgerechter möglich werden. Die Arbeitsstunde ist in Deutschland um 28 % teurer als im Durchschnitt der 20 wichtigsten Industrienationen. Der Abstand hat sich in jüngster Zeit noch vergrößert. Immer mehr Branchen und Betriebe sind nicht in der Lage, Arbeitsplätze zu diesen Konditionen zu halten, geschweige denn zu schaffen.



Betriebliche Spielräume bei der Gestaltung von Tarifen und Arbeitszeiten müssen daher erweitert werden, um den Rationalisierungsdruck am Arbeitsmarkt zu entschärfen. Moderate Anhebungen der Wochenarbeitszeit können daher mehr Wachstum und damit neue Jobs auslösen. Alle Kommunen, die die Betreuung der Arbeitslosengeld II-Empfänger in Eigenregie übernehmen wollen, sollen dies auch dürfen. Hinzuverdienstmöglichkeiten sind deutlicher so zu gestalten, dass sie einen Anreiz bieten für den Einstieg in den ersten Arbeitsmarkt.

#### Die FDP will für NRW,

- dass betriebliche Bündnisse für Arbeit durch eine Änderung des Betriebsverfassungsgesetzes ermöglicht werden: Jegliche Vereinbarung auf betrieblicher Ebene zwischen Unternehmen und Belegschaftsvertretung muss zulässig werden, die freiwillig geschlossen ist und der 75 Prozent der abstimmenden Mitarbeiter zugestimmt haben.
- dass der Kündigungsschutz auf den allgemeinen Kündigungsschutz des BGB zurückgeführt wird. Das Kündigungsschutzgesetz findet erst nach vierjähriger Betriebszugehörigkeit und nur für Betriebe mit mehr als 50 Arbeitnehmern Anwendung, weil uns daran liegt, die Hürden für Neueinstellungen zu senken. Länder wie die Schweiz oder Dänemark, die praktisch keinen Kündigungsschutz kennen, sind viel erfolgreicher bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, weil Arbeitslose dort erheblich schneller eine neue Chance auf dem Arbeitsmarkt erhalten.

- dass das Günstigkeitsprinzip des Tarifrechtes erweitert wird. Günstig ist es auch, wenn die Vereinbarung eines niedrigeren Lohns oder einer längeren Arbeitszeit der Erhaltung von Arbeitsplätzen dient und 75 % der abstimmenden Mitarbeiter einverstanden sind.
- dass das beschäftigungsempfindliche, im Teilzeit- und Befristungsgesetz festgeschriebene Verbot wiederholter Befristungen ohne besonderen Grund aufgehoben wird.
- dass das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz im Interesse eines flexibleren Arbeitskräfteeinsatzes abgeschafft wird.
- dass das Gewerkschaftsprivileg bei der Zusammensetzung des Aufsichtsrates beseitigt wird. Bei der Mitbestimmung muss auf Arbeitnehmer aus den jeweiligen Betrieben zurückgegriffen werden, da diese sich viel stärker mit dem Schicksal ihrer Kollegen und ihres Unternehmens, und weniger mit dem Programm ihrer Gewerkschaft identifizieren.
- dass das Mitspracherecht der Belegschaften in den Betrieben auf eine Drittel-Beteiligung zurückgeführt und die paritätische Mitbestimmung und Montanmitbestimmung abgeschafft wird, da sie Hemmschuh für ausländische Investitionen in Deutschland und damit auch arbeitsplatzfeindlich sind.
- dass die Empfehlungen des Corporate Governance-Kodex zum Durchbruch gelangen. So soll den Eigentümern der Gesellschaft im Rahmen einer Hauptversammlung die Möglichkeit eingeräumt werden, über die Veröffentlichung von Vorstandsvergütungen zu entscheiden. Der internationale Wettbewerb und entsprechende Leistungsvergleiche verlangen Arbeitnehmern vielfach Opfer ab. Schon deshalb ist es geboten, dass auch Top-Manager sich einer größeren Transparenz und Kontrolle der Angemessenheit ihrer Vergütungen unterziehen.
- dass die Programme, mit denen das Land aus Eigen- oder Fremdmitteln Wirtschaftsförderung betreibt, auf Mittelstand und Existenzgründungen konzentriert werden.
- dass das Land zukünftig vorrangig den langfristigen Arbeitsplatzeffekt durch Innovationen in der Wirtschaftsförderungspolitik in den Mittelpunkt stellt.
- dass der Zugang vor allem der Arbeitslosen zum Arbeitsmarkt verbessert wird. Um auch die Tarifpolitik in diesem Sinne zu öffnen, wollen wir gesetzlich die Aufnahme eines „dritten Tarifpartners“ regeln. Hierzu sollte auf Vorschlag der Deutschen Bundesbank ein Vertreter benannt werden, der insbesondere die Interessen der Arbeitslosen wahrnimmt und bei Tarifverhandlungen durch sein Mitspracherecht das Kartell der Anbieter und Besitzer von Arbeitsplätzen im Interesse eines offenen Arbeitsmarktes aufbricht. Wir wollen bei der Gestaltung von Tarifverträgen sicher stellen, dass diese nicht nur auf diejenigen ausgerichtet sind, die Arbeit haben, sondern auch auf diejenigen, die einen Einstieg oder Wiedereinstieg suchen.
- dass der Arbeitsmarkt für Berufseinsteiger und -umsteiger stärker geöffnet wird. Hierzu will die FDP eine landesweite Berufspraktika-Börse realisieren. In einem Arbeitsmarkt, der Veränderungsbereitschaft, Flexibilität und Mobilität verlangt, werden so Brüche in persönlichen Berufsbiografien vermieden.
- Dass der Flächentarifvertrag reformiert wird.

#### 4. Mehr Arbeitsplätze durch Steuersenkungen

Schlüssel für die Schaffung neuer Arbeitsplätze in Deutschland ist eine konsequente Steuersenkungspolitik. Die Bürger wollen endlich ein einfaches, niedriges und gerechtes Steuersystem. Die Wirtschaft ist zwingend darauf angewiesen, um im internationalen Wettbewerb bestehen zu können. Die FDP ist die Steuersenkungspartei in Deutschland. Sie wird auf der Basis ihres 3-Stufen-Tarifs einen entsprechenden Vorstoß starten. Eine Bundesratsinitiative für eine solche radikale Steuerreform ist für die FDP eine Voraussetzung zur Zusammenarbeit mit einer anderen Partei zur Regierungsbildung in NRW.

Aus ordnungspolitischen Gründen und zur Finanzierung unserer Steuerreform, sollen alle Subventionen innerhalb von 5 Jahren abgeschafft werden. Neue Subventionen sollen zeitlich befristet und degressiv ausgestaltet werden.

Höhe und Handhabbarkeit von Steuern sind wesentliche Faktoren im internationalen Wettbewerb um Ansiedlungen und damit auch um Arbeitsplätze. Der Durchschnittsverdiener ist in Deutschland einer doppelt so hohen Belastung ausgesetzt wie sein irisches Pendant. Gerade auch kleinere Personengesellschaften und Handwerksbetriebe sind davon besonders betroffen. Steuersätze zählen aber insbesondere bei internationalen Investitionsentscheidungen. Auch beim Steuersystem muss Deutschland den Wettbewerb mit den neuen, vor allem osteuropäischen Wettbewerbern aufnehmen. Unsere langfristige Vision ist der auch vom Beirat des Bundesfinanzministeriums vorgeschlagene einheitlich niedrige Steuersatz für alle (flat Tax).

Die FDP will die überholte, ungerechte und planungsunsichere Gewerbesteuer abschaffen. Den Kommunen soll statt dessen ein Hebesatzrecht auf die Einkommen- und Körperschaftssteuer eingeräumt werden. Wir wollen den gemeindlichen Anteil der Umsatzsteuer von 2,2 auf 12 % erhöhen. Bei der konkreten Zuordnung von Steuereinnahmen muss die Ansiedlung von Arbeitsplätzen wichtiger Bemessungsfaktor sein, um das Interessenband zwischen Gemeinden und Unternehmen zu erhalten. Mit diesem Schritt werden Steuern und Belastungen nicht erhöht, sondern nur gerechter auf Bund, Länder und Gemeinden verteilt. Die Verantwortung vor Ort wird gestärkt.

Auch der Umweltschutz ist kein Grund für höhere Steuern und Abgaben. Die FDP sagt Ja zur Nachhaltigkeit

- o ökologisch verantwortbar
- o ökonomisch tragbar
- o sozial akzeptabel

Die FDP will unseren Kindern keine Altlasten hinterlassen, weder im Finanziellen, noch bei der Bildung, noch in der Umwelt. Deshalb heißt für uns Nachhaltigkeit auch "generationenneutral": Jede Generation hat ihre Lasten zu tragen, damit unsere heute trotz besten Willens und heutigen Wissens verursachten Altlasten nicht die Freiheit von morgen beschneiden.

Höhere Steuern und Abgaben sind häufig unter dem Deckmantel Umweltschutz Etikettenschwindel, um dem Bürger in die Tasche zu greifen. Die FDP macht dies nicht mit! Wir wollen stattdessen Freiheit für intelligente Lösungen, wir wollen den effizienten Mitteleinsatz. Wir wollen die Freiheit für den Bürger und die Wirtschaft, mit welchen Maßnahmen Umweltschutzziele am effizientesten erreicht werden können. Statt reglementierender staatlicher Detailvorschrift wollen wir Freiheit für die kostengünstige Zielerfüllung.

Die Liberalen sehen in der ökologischen Marktwirtschaft den Weg der zukünftig beschritten werden muss. Daher fordert die FDP NRW die Einführung von Lizenzen als sogenannte Umweltnutzungsrechte. Externe Kosten der Umweltbelastung sollen dabei bei der Herstellung von Gütern berücksichtigt werden. Die erteilten Lizenzen reduzieren sich jährlich und reduzieren somit auch die insgesamt ausgestoßene Emissionsmenge. Unternehmen, die eine höhere Einsparquote durch Maßnahmen erreichen, können ihre Lizenzen an einer Art Börse veräußern, und somit Erträge erzielen. Es wird ein dynamischer Markt geschaffen, wodurch erreicht wird, dass sich Investitionen in den Umweltschutz lohnen. Der jetzt eingeführte CO<sub>2</sub>-Emissionshandel ist ein Schritt in die richtige Richtung. Das Instrument muss in einem Industrieland wie NRW nach einer Testphase in Hinblick auf andere Anwendungsgebiete und im Hinblick auf die wettbewerbsorientierten Belastungen überprüft werden.

### **5. Mehr Arbeitsplätze durch wachstumsorientierte Neuausrichtung der Energiepolitik**

NRW ist der Energiestandort Nummer 1 der Bundesrepublik Deutschland. Ein Drittel des deutschen Stroms wird in NRW produziert, von den bundesweit 660.000 Beschäftigten der Energiewirtschaft arbeitet jeder Vierte in NRW. Hunderttausende Arbeitsplätze in den energieintensiven Industrien in NRW hängen zudem unmittelbar von international wettbewerbsfähigen Energiepreisen ab. Die ideologisch betriebene, rot-grüne Symbolpolitik macht Energie teuer und vernichtet Arbeitsplätze.

- o Die Verzögerung bei der Genehmigung von Garzweiler II
- o Die Durchsetzung alternativer Energien ohne Rücksicht auf deren Wirtschaftlichkeit, vor allem bei der Windenergie
- o CO<sub>2</sub> Minderungsziele, die weit über ein internationales Maß hinausschießen, gehen zu Lasten der Menschen und Arbeitsplätze in NRW.

Wir setzen dagegen auf eine Energiepolitik, die Wirtschaftlichkeit und Versorgungssicherheit wieder in den Mittelpunkt rückt. Die Energieversorgung für Millionen von Verbrauchern, von Unternehmen und privaten Haushalten ist dann effizient, produktiv und sicher, wenn Markt und Wettbewerb wirken können.

Das Kartellamt ist in seinen rechtlichen und tatsächlichen Möglichkeiten zur Missbrauchsbekämpfung von Marktmacht insbesondere im Interesse der industriellen und privaten Endverbraucher zu stärken. Energiepreise und ihre Steigerungen werden inzwischen weitgehend von den politischen Vorgaben von Rot-Grün bestimmt, die sich in Steuern, Abgaben und Umlagen konkretisieren. Der Anteil dieser Lasten an den Strompreisen für die Industrie hat sich 2003 im Vergleich zu 1998 verzehnfacht. Diese gewaltige Markt- und Wettbewerbsverzerrung, die für die energieintensive Industrie in NRW sogar noch mit einer Wassersteuer angereichert worden ist, wollen wir beenden, Energiemärkte liberalisieren, dirigistische Eingriffe unterbinden und wettbewerbsverzerrende Subventionen konsequent abbauen.

## **Das neue NRW**

---

Der fortschreitenden Monopolisierung auf den Strommärkten, die bereits heute zu hohen Belastungen der produzierenden Industrie geführt hat, ist durch gesetzliche Trennung von Stromerzeugungsunternehmen und Netzbetreibern entgegenzuwirken.

Für eine weiterhin sichere und leistungsfähige Energieversorgung Deutschlands setzen wir auf einen breiten Energieträgermix aus Braunkohle, Steinkohle, Kernenergie, Erdgas, Mineralöl und erneuerbare Energieträger. Gerade vor dem Hintergrund wachsender Importabhängigkeit bei den beiden wichtigsten Energieträgern Öl und Gas ist ein Festhalten an allen Energiequellen und energiepolitischen Optionen notwendig. Rückgrat der Stromversorgung in Nordrhein-Westfalen ist die Verstromung von Braun- und Steinkohle.

Die heimische Braunkohle ist aufgrund der günstigen Abbaubedingungen international wettbewerbsfähig. Ihrem Stellenwert für die Versorgungssicherheit muss die Energiepolitik durch langfristig verlässliche Rahmenbedingungen Rechnung tragen. Dies gilt insbesondere für das Kraftwerkserneuerungsprogramm im Rheinischen Braunkohlerevier, das mit einem privat finanzierten Investitionsvolumen von 10 Milliarden Euro für den Energie- und Wirtschaftsstandort NRW herausragende Bedeutung hat.

Im Unterschied zur Braunkohle ist die deutsche Steinkohle wegen der ungünstigen geologischen Bedingungen international nicht wettbewerbsfähig. Selbst bei Kokssteinkohle, deren Weltmarktpreis insbesondere wegen des hohen Bedarfs in China stark angestiegen ist und das Niveau deutscher Förderkosten erreicht hat, ist dies auf längere Sicht zweifelhaft. Importkohle ist dagegen zum einen langfristig, d.h. mit Reichweiten, die über die von Öl und Gas weit hinaus gehen (200-300 Jahre) verfügbar und weltweit verteilt, d.h. nicht auf wenige krisenanfällige Regionen konzentriert. Sie wird vor diesem Hintergrund langfristig zu günstigen Preisen, jedenfalls deutlich günstigeren Preisen als der deutsche Steinkohlenbergbau sie realisieren könnte, verfügbar sein.

### **Die FDP will für NRW**

- einen schnellstmöglichen Ausstieg aus der Subventionierung der deutschen Steinkohle, damit die dadurch bislang gebundenen Finanzmittel endlich für zukunftsweisende Technologien sowie für Forschung und Bildung eingesetzt werden können. Zechen, die in NRW betrieben oder neu gebaut werden, müssen ohne staatliche Unterstützungen auskommen. Dies gilt auch für die Folgekosten neuer Zechen. Die verbindliche Vereinbarung dieses Ausstiegs und seiner Umsetzung ist für die FDP Voraussetzung für die Zusammenarbeit mit einer anderen Partei zur Regierungsbildung in NRW.
- wegen der unkalkulierbaren Sicherheitsrisiken für die Menschen am Niederrhein die Zeche Walsum und das Bergwerk West vorrangig schließen und dabei den bisher vorgesehenen Schließungstermin für die Zeche Walsum (1.1.2009) so weit wie möglich vorziehen.
- dass hierzu unmittelbar nach der Landtagswahl 2005 eine nationale Kohlekonferenz unter Berücksichtigung aller Beteiligten einberufen wird, die den endgültigen Ausstieg aus der Kohlesubventionierung zügig regelt.

Den Kraftwerksstandort NRW mit seinen Braunkohle-, Erdgas und Steinkohle-Kraftwerken wollen wir unter anderem durch die Erforschung völlig neuer Technologien sichern.

Wenn Rot-Grün für den Zeitraum von 2006 bis 2012 weitere Subventionen in Höhe von 16 Milliarden Euro für die deutsche Steinkohle bewilligt, ist dies ein eklatanter Verstoß gegen den Grundsatz der Wirtschaftlichkeit und lässt sich auch weder mit dem Argument der Versorgungssicherheit noch mit dem Argument der Technologieführerschaft bei Abbau- und Verbrennungstechniken für Steinkohle begründen. Die in der Subventionsplanung von Rot-Grün angestrebte Zielgröße von 16 Millionen Tonnen Steinkohleneinheiten im Jahre 2012 würde lediglich 3 % des deutschen Primärenergiebedarfs abdecken. Die modernen deutschen Steinkohlekraftwerke lassen sich auch mit Importkohle befeuern und die leistungsfähige mittelständische Bergbaumaschinenbranche hat sich ohnehin auf den international wachsenden Kohlemarkt ausgerichtet. In modernen und wirtschaftlichen Steinkohlekraftwerken, soll auch künftig in NRW kostengünstige Importkohle verstromt werden und damit einen weiterhin bedeutenden Beitrag zur Energieversorgung leisten.

Auch der Ausbau von Kokereikapazität am Standort Nordrhein-Westfalen ist im Interesse der stahl- und metallverarbeitenden Industrie wünschenswert. Dies ist aber unternehmerisch zu kalkulieren und zu realisieren. Es ist nicht die Aufgabe des Staates, Koksversorgung zu erbringen.

Ökonomisch ebenso unverantwortlich wie das derzeitige Niveau der Kohlesubventionen ist die Politik von Rot-Grün, Technologien aus dem Bereich Erneuerbare Energien mit Milliarden Subventionen künstlich in den Markt zu drücken. Die Förderung von Windanlagen mittels Garantiepfeisen führt in unserem Land dazu, dass es sich lohnt, an jedem noch so unsinnigen Standort und ohne Rücksicht auf Wirtschaftlichkeit Windräder zu installieren. Die Windkraftsubventionierung kostet Bürger und Unternehmen heute schon mehr als 3 Milliarden Euro jährlich.

### Die FDP will für NRW

- diese Fehlentwicklung korrigieren und den Bau subventionierter Windkraftanlagen stoppen.
- auch in der Energiepolitik den Markt über den Einsatz der verschiedenen Energieträger entscheiden lassen.
- Von hoher Relevanz für den nordrhein-westfälischen Arbeitsmarkt ist es, dass die Energieforschungspolitik sich wieder im Rahmen eines breiten, ideologisch nicht eingeschränkten Technologieansatzes bewegen kann. Für den Energiestandort NRW ist die Weiterentwicklung konventioneller Kraftwerkstechniken von zentraler Bedeutung, ebenso die Entwicklung leistungsfähiger Energiespeichertechnologien, die gerade den erneuerbaren Energien wirtschaftliche Zukunftschancen eröffnen könnten.
- Forschung und Entwicklung im Bereich der Kernfusion sowie der Kernsicherheitsforschung müssen insbesondere am Standort Jülich fortgesetzt werden, um das weitere Abwandern von Technologiekompetenzen aus Deutschland zu verhindern.

### 6. Mehr Arbeitsplätze durch Befreiung von Überregulierung und Bürokratie

Unser Land hat keine Zeit mehr zu verlieren. Statt in Leistungsvergleichen weiter zurück zu fallen, wollen wir die Entwicklung umkehren und NRW wieder – seinem enormen Entwicklungspotential entsprechend – zur ersten Adresse unter den Bundesländern und zum wirtschaftlichen Impulsgeber für Deutschland machen. Von einer Entfesselung der innovativen und ökonomischen Stärke unseres Landes kann ganz Deutschland profitieren. Um dies zu erreichen, soll NRW von Gesetzen und Vorschriften befreit werden, um innovative Ideen zur Verbesserung der wirtschaftlichen Situation von Bürgern, Unternehmen sowie Städten und Gemeinden im „Neuen NRW“ zu erproben.

### Die FDP will für NRW

einen durchgreifenden Bürokratieabbau, durch konsequente Aufgabenkritik, Aufgabenwegfall, Beweislastumkehr, Regelungsbefristung, Standardabbau, Privatisierung und weitgehende Kommunalisierung von Aufgaben. Dieser Prozess muss gesetzgeberisch gesteuert, methodisch angelegt und mit festen Terminen versehen werden, so wie dies der Gesetzentwurf zum Bürokratieabbau der FDP-Landtagsfraktion aus dem Jahr 2001 vorsah:

- darauf aufbauend eine Verwaltungsreform in Nordrhein-Westfalen innerhalb der nächsten Legislaturperiode durchführen und abschließen; sie muss zu einer besseren Gesamtdienstleistung von Staat und Kommunen, zu neuen Möglichkeiten kommunaler Selbstorganisation, zu einer Entrümpelung und zum Verzicht auf Mitelinstanzen, sowie zur Auflösung von Sonderbehörden führen.
- freiwillige kommunale Zusammenschlüsse und kommunale Kooperationen gesetzlich leichter ermöglichen und ausweiten; NRW hat seine staatlichen Strukturen so auszurichten, dass die Kommunale Selbstverwaltung im Interesse von Arbeitsplätzen, positiver Wirtschaftsentwicklung und bürgerlicher Freiheiten optimal und bestens ihre Aufgaben erfüllen kann
- keine staatlich verordnete und nach den Mustern früherer Reformen durchgeführten kommunale Neugliederung, weil sie für den Prozess der Verwaltungsreform und -modernisierung nicht notwendig ist
- Die Überregulierung des Gesundheitssystems beenden
- das NRW-Tarifreuegesetz abschaffen
- die dirigistischen Vorgaben des Landes-Abfallgesetzes für die Entsorgungswege, die die Abfallgebühren in die Höhe treiben, abschaffen
- das Wasserentnahmegesetz des Landes für die Unternehmen und Bürger in NRW abschaffen
- die Ladenöffnungszeiten an allen Werktagen freigeben
- die Zwangsmitgliedschaft in Kammern abschaffen

### Beschäftigungsoffensive für das Ruhrgebiet

Was für das Land NRW insgesamt gilt, gilt für das Ruhrgebiet in besonderem Maße. Das Ruhrgebiet verfügt ungeachtet aller Probleme über enorme Entwicklungspotentiale, die sich jedoch aufgrund einer nicht zukunftsgerechten, nicht auf Innovation und Existenzgründungen ausgerichteten Politik bislang zu wenig entfalten konnten. Zu lange wurde auf nicht zukunftsfähige Industrien gesetzt, zu aktionistisch wurden Wachstums- und Beschäftigungspakte inszeniert, Initiativen wie die Projekt Ruhr GmbH und der – inzwischen geplatzte - Hollywood-Traum HDO vorange-

etrieben. Notwendig wäre eine Modernisierungsoffensive, die auf den spezifischen Stärken des Ruhrgebietes insbesondere seiner Forschungs-, und Technologie- und Infrastrukturkapazität aufsetzt, Wirtschaftsförderung im Ruhrgebiet raumübergreifend und unter Konzentration auf mittelständische Unternehmen betreibt und damit die Voraussetzungen für den Aufbau neuer Arbeitsplätze schafft.

### **Die FDP will für das Ruhrgebiet:**

Wir wollen dabei nicht weiter einseitig auf den Zufluss öffentlicher Mittel in das Ruhrgebiet setzen. Weder mit alten noch mit neuen Subventionen ist ein Paradigmenwechsel für das Ruhrgebiet erreichbar. Vielmehr wollen wir die Spielräume für die an der Ruhr lebenden und arbeitenden Menschen ausbauen, das Schicksal ihrer Region selbst erfolgreich zu gestalten. Die FDP will auf diese Weise dass sich das Ruhrgebiet zur Modellregion entwickelt. Hierzu wollen wir erreichen, dass wachstumshemmende und standortschädliche Regelungen und Gesetze des Bundes für die Ruhrregion unverzüglich ausgesetzt werden. Vor allem auf dem Arbeitsmarkt sollen derartige Befreiungen unmittelbar greifen können. Zudem gilt es, mit dem Ziel einer zügigen Durchführung von Verkehrsinfrastrukturmaßnahmen im Ruhrgebiet, entsprechende Planungszeiten zu straffen und zu kürzen. Hierzu werden die Vorschriften des „Gesetzes zur Beschleunigung der Planungen für Verkehrswege in den neuen Ländern sowie im Land Berlin“ analog angewandt.

Das Ruhrgebiet gewinnt so einen 1,5-jährigen Vorsprung im nationalen und internationalen Standortwettbewerb und damit eine echte Chance auf einen wirtschaftlichen Impuls zur Überwindung andauernder Strukturschwächen.

Wir wollen auch die mit dem Bürokratieabbaugesetz OWL beschlossenen Maßnahmen unmittelbar auf das Ruhrgebiet übertragen und damit zusätzliche Impulse setzen.

Wir wollen die landesrechtlichen Grundlagen dafür schaffen, dass die Kommunen des Ruhrgebietes sich zu einem „freiwilligen Städteverbund Ruhrstadt“ zusammen schließen können. Er tritt an die Stelle des Regionalverbandes Ruhr. Zu seinen Aufgaben zählen:

- regionale Verkehrsplanung, vor allem Mitwirkung bei der Planung des öffentlichen Nahverkehrs
- regionale Wirtschaftsförderung
- umfassende und abgestimmte Gewerbeflächenkonzeption für das ganze Ruhrgebiet
- regionales Standortmarketing und regionale Tourismusförderung
- Werbung und Öffentlichkeitsarbeit für das Ruhrgebiet
- regionale Kultur- und Sportprojekte
- Durchführung von Großveranstaltungen.

Durch ganzheitliche Planung, regional abgestimmte Vorgehensweisen und moderne, identitätsfördernde Verwaltungsstrukturen kann das Ruhrgebiet seine Kraft so bündeln, dass es sich von der Krisenregion wieder zur Musterregion entwickelt, die eine wirtschaftliche Kraftquelle für unser ganzes Land ist.